

# Allein auf sich gestellt, macht es kein Land besser

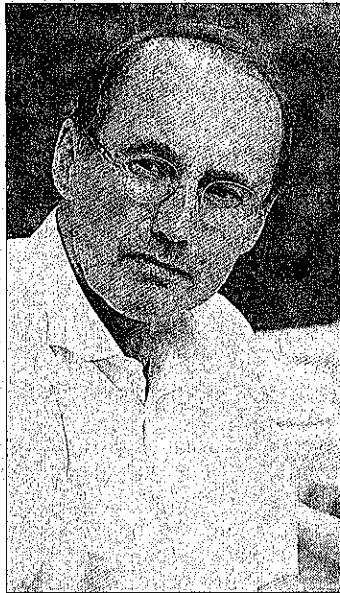
EUROPA: Vizepräsident des EU-Parlamentes Othmar Karas (ÖVP) in Bozen – Ausgerechnet die Krise zeigt, dass Europa mehr Integration braucht

VON MORITZ WINDEGGER

BOZEN. Er leitet die Delegation der ÖVP im EU-Parlament und ist einer der Stellvertreter des streitbaren EU-Parlamentpräsidenten Martin Schulz. Othmar Karas gelingt beides: Einerseits argumentiert er mit tiefgründigem Sachwissen, sodass ihn seine 765 Parlamentskandidaten heuer gar zu einem der „EU-Parlamentarier des Jahres“ gewählt haben. Andererseits beherrscht er durchaus auch Leidenschaft. Bei der Podiumsdiskussion am Hochunserfrauentag im Palais Toggenburg in Bozen ließ Wirtschaftsexperte Karas mit der These aufhorchen, dass gerade die aktuellen Verfassungs-, Finanz- oder Politikrisen zeigen würden, dass Europa eben mehr und nicht weniger Integration braucht. Den „Dolomiten“ hat Karas erklärt, wie er das meint.

„Dolomiten“: Sie haben unlängst beklagt, dass EU-Themen im Nationalratswahlkampf zu kurz kommen. Welche Debatte würden Sie sich bis zum 29. September noch wünschen?

Othmar Karas: Jedes EU-Thema ist ein innenpolitisches Thema. Heute schon haben 70 Prozent aller Gesetze einen EU-Rahmen. Dieser Zusammenhang muss mehr und besser dargestellt werden. Es geht darum, dass auch in nationalen Wahlkämpfen spürbar wird, dass niemand für sich allein handelt und jeder das Ganze mitgestaltet. Nehmen Sie die NSA-Affäre: Versteht man diese als Frage nach der Regulierung der Geheimdienste, ist es ein nationales Problem. Verstehen Sie sie als Datenschutz-Problem, ist es ein EU-Problem.



Kämpferischer Europaparlamentarier aus Niederösterreich: Othmar Karas (ÖVP) ist für eine stärkere Integration auf dem Kontinent.



DLife-DA

„D“: Eine der akuten Fragen ist aktuell die Sicherung der Außengrenzen und ein immer größer werdendes Flüchtlingsproblem im Mittelmeer. Italiens Außenministerin sagt, dass dies kein italienisches, sondern ein europäisches Problem ist und nimmt auch die nördlichen Nachbarn in die Pflicht ...

Karas: Sie hat recht. Das Flüchtlingsproblem ist eine europäische Angelegenheit. Hierbei darf Europa Italien, Zypern, Griechenland oder Spanien nicht alleine lassen. Auch in dieser Frage benötigen wir mehr Gemeinschaft und Solidarität, mehr europäische Kompetenz und mehr Klarheit, wer wofür zuständig ist und wie wir gemeinsam mit dem Problem umgehen.

„D“: Also darf sich auch Wien in die Pflicht genommen fühlen?

Karas: Jeder kann mehr tun. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass Österreich die Hauptlast bei der Bewältigung von Flüchtlingsströmen aus den Ostländern oder dem Balkan zu tragen hatte.

„D“: Auch bei der Finanz- bzw. Euro-Krise fordern Sie mehr Vergemeinschaftung. Welche gemeinschaftlichen Instrumente hätten die Krise denn verhindert oder abgeschwächt?

Karas: Zu verhindern wäre diese Krise, die ja ihren Ausgang nicht in Europa hatte, vermutlich nicht gewesen. Fakt ist aber, dass der Euro, unser Stabilitätsanker, nur auf einem Bein steht: nämlich auf dem währungspolitischen.

Die wirtschaftspolitische, budgetpolitische, steuerpolitische oder die sozialpolitische Seite steht auf 28 verschiedenen Beinen. Wir müssen alle

Instrumente in diesen Bereichen, die wir für die Erreichung unserer gemeinsamen Ziele brauchen, vergemeinschaften. Das sind alle Instrumente, die zu einer Währung gehören, weswegen wir die Banken- und Fiskalunion wollen. Das sind aber auch Instrumente, die zum Binnenmarkt gehören, primär die Wirtschafts- und Sozialunion. Und jene Instrumente, bei denen es um die Rolle des Kontinentes in der Welt geht. Dafür benötigen wir eine offene Debatte mit den Bürgern und eine Vertragsänderung.

„Die Europäische Union entsteht nicht auf einem Schlag, sondern sie wird durch Ereignisse, die eine Tat der Solidarität schaffen, zustande kommen“, hat Robert Schuman 1950 gesagt. Wir dürfen nicht aufhören, eine solche Tat der Solidarität zu schaffen. Ereignisse dafür gibt es genug.

„D“: Trotz größerer Machtbefugnis des EU-Parlamentes werden EU-Wahlen immer noch als weniger wichtig empfunden als Landtags- oder Nationalratswahlen. Warum?

Karas: Jedem Menschen ist bekanntlich das Hemd näher als der Rock. Das Entscheidende aber ist, dass wir klar machen, dass Europa Innenpolitik ist, dass Europa in den Gemeinden, Regionen und Nationen stattfindet.

Wir müssen veranschaulichen, dass die Mehrheit der Gesetze einen europäischen Rahmen haben, dass die Bürger verstehen, dass sie die Richtung Europas mitentscheiden können, und dass kein Land große Probleme wie Klima- oder Umweltschutz, Arbeitslosigkeit, Datenschutz o.ä. allein lösen kann. Jeder von uns muss die Gemeinschaft stärken, um selbst zu profitieren.

## ZUR PERSON

### Othmar Karas

BOZEN. Othmar Karas ist im Dezember 1957 im niederösterreichischen Ybbs an der Donau geboren. Bereits seit Schultagen engagiert er sich in der ÖVP, war Abgeordneter zum Nationalrat und Generalsekretär der ÖVP. 1999 wurde Karas ins EU-Parlament gewählt, seit 2012 ist er dessen Vizepräsident. Seit 2011 ist er Leiter der ÖVP-Delegation. Karas ist mit der Juristin Christa Waldheim-Karas, einer Tochter des verstorbenen Altbundespräsidenten und früheren UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim, verheiratet.

„D“: Trotzdem sind Misstrauen und Gleichgültigkeit groß...

Karas: Wir müssen auch Dinge ins richtige Licht rücken. Beispiel: 90 Prozent der EU-Gelder fließen wieder zurück: Was das etwa als Erfolg auch wahrgenommen? Denken Sie allein die Kosten bei einer Währungsumwechslung: Glaubt jemand wirklich, dass es uns ohne bzw. ohne Euro besser ging? Abgesehen davon haben wir teilweise ein Kommunikationsproblem: Die nationalen Regierungen sollten ihre eigene Mitverantwortung an europäischen Entscheidungen auch darstellen bzw. eingestehen.

© Alle Rechte vorbehalten

Video auf **stol.it**  
SÜDTIROL ONLINE